ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

*Antragsteller*in: Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde der Menschen.
3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken
5 Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.

6 Demokratie geht von den Bürger*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt freier Wettbewerb um die beste Idee und
8 Lösung - und hat deshalb die Kraft zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden
9 Probleme zu lösen. Sie lebt von gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt,
10 von der Kompromiss – und Koalitionsbereitschaft unter Demokrat*innen. Im
11 Angesicht der Bedrohungen für unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen
12 uns als Land auf unsere demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie
13 stärken heißt, sie nach innen lebendig zu halten. Demokratie stärken heißt,
14 jetzt die drängenden Zukunftsfragen anzugehen.

15 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
16 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
17 Streitbar unter Demokrat*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
18 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
19 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

20 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
21 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
22 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
23 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
24 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist*innen und einen starken
25 Bevölkerungsschutz.

26 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
27 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
28 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
29 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
30 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe
31 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
32 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
33 Russland oder China.

34 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
35 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
36 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
37 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
38 Demokratie. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und reformieren. Als
39 größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere
40 Verantwortung.

41 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und
42 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die
43 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische
44 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Konflikt in Nahost, humanitäre Notlagen wie
45 in Gaza oder im Sudan, aber auch die Klimakrise erfordern höchste
46 Aufmerksamkeit. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für
47 die internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen
48 wir Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen
49 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten
50 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden.

51 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die
52 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,
53 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem
54 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.
55 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
56 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die
57 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe
58 und Selbstbestimmung.

59 **A. Eine lebendige Demokratie**

60 Für demokratischen Zusammenhalt

61 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in

62 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder
63 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in
64 Kirchen, Moscheen oder Synagogen kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören
65 auch kulturelle Einrichtungen wie Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die
66 Raum für neue Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben.

67 Damit wir gut zusammen leben, müssen Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur
68 funktional und sauber, sondern für alle Menschen sicher sein. Wir schaffen
69 öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie Zugang haben
70 und sich wohlfühlen. Auch Kulturorte, Geschäfte und Gastronomie sind Teil davon:
71 Wir wollen diese Orte im Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen.

72 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und
73 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal
74 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.
75 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung
76 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und
77 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern
78 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von
79 Journalist*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –
80 auch durch gemeinnützige Ansätze. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf
81 attraktiver und sicherer, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu
82 gewinnen.

83 Wir würdigen den Beitrag der Kirchen sowie der Religions- und
84 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt.

85 Für eine Erinnerung, die uns wach hält

86 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere
87 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte – auch weil
88 aus ihr die Chance auf eine gute Zukunft erwächst. Deshalb zählt ein guter
89 Geschichtsunterricht an den Schulen zum Fundament unserer Demokratie. Deshalb
90 pflegen wir unsere Erinnerungsorte – in denen wir etwas über das
91 Menschheitsverbrechen der Shoah erfahren, aber auch über demokratische Aufbrüche
92 und bürgerschaftlichen Mut.

93 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!
94 Deswegen ist es wichtig, die KZ-Gedenkstätten mit ausreichend Mitteln
95 auszustatten. Besonders nach dem Verschwinden der Zeitzeug*innen sind sie
96 wichtige Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an
97 kommende Generationen. Deswegen wollen wir es allen Schüler*innen ermöglichen,

98 einmal in ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch
99 finanziell unterstützen.

100 Wir intensivieren die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm
101 resultierenden historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei
102 nehmen wir explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die
103 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung werden
104 wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

105 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen. Wir
106 stehen zur Realisierung des geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg
107 und deutsche Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“.
108 Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht werden wir konsequent fortführen und
109 die Errichtung des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft
110 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute an den oft
111 schwerwiegenden Folgen, sie müssen besser unterstützt werden. Opfer des DDR-
112 Doping-Systems wollen wir in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnehmen.

113 Gleichzeitig erinnern wir uns an das einzigartige Glück Deutschlands, die
114 friedliche Revolution geschafft zu haben, weshalb wir heute in einem vereinten
115 Deutschland im Herzen Europas leben können. Das Zukunftszentrum für Deutsche
116 Einheit und Europäische Transformation in Halle wollen wir als einen Ort der
117 Würdigung, des Austausches der Erfahrungen und der Forschung unterstützen.

118 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen
119 Kolonialvergangenheit im Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben und
120 wollen dies durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler
121 Initiativen in die Gesellschaft tragen.

122 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der
123 Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter
124 Gewalt dauerhaft darin aufnehmen.

125 Für handlungsfähige Kommunen

126 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu
127 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen
128 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche
129 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe
130 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft
131 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

132 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu
133 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,
134 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und
135 Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch den
136 Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend
137 notwendigen Investitionen zu finanzieren.

138 Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder
139 eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei
140 kommunalen Altschulden ein. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die
141 Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder
142 Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

143 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die
144 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von
145 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.
146 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach
147 klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur
148 Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich
149 die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr
150 Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.

151 Für eine starke demokratische Gesellschaft

152 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige
153 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von
154 Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht
155 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch
156 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir
157 unsere demokratische Kultur. Der Schutz der Demokratie ist eine zentrale Aufgabe
158 des Staates, deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ mit einem
159 Demokratiefördergesetz absichern.

160 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,
161 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und
162 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,
163 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als
164 auch im Internet stärker geahndet werden.

165 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender
166 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für
167 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

168 Unparteilichkeit stärken wollen. Auch die politischen Stiftungen liefern einen
169 wichtigen Beitrag für die politische Bildungsarbeit in unserer pluralen
170 Demokratie, soweit sie auf dem gemeinsamen Boden unserer demokratischen
171 Grundordnung stehen.

172 Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen
173 des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu
174 stärken.

175 Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss die Möglichkeit
176 haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen
177 gleichberechtigt teilzunehmen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das
178 kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

179 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das
180 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und
181 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen
182 für ein starkes Parlament. Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen
183 wir transparenter gestalten und Lobbytreffen der Regierung wie in der
184 Europäischen Kommission sichtbar machen. So sollen die Sitzungen der
185 Fachausschüsse in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden.
186 Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen jährlichen Höchstbetrag
187 deckeln.

188 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer
189 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch
190 für diese Organisationen gelten.

191 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das
192 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

193 Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement

194 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie
195 engagieren sich im Sportverein, organisieren Kulturveranstaltungen oder
196 unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen sich ehrenamtlich in die
197 freiwillige Feuerwehr oder das Rote Kreuz ein. Viele junge Menschen entscheiden
198 sich, ein Jahr ihres Lebens nach der Schule in den Dienst der Gesellschaft zu
199 stellen.

200 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst
201 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische

202 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und
203 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,
204 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Zusammen mit Ländern und
205 Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch
206 von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen
207 Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum
208 freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen,
209 Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern.

210 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im
211 Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Viele Menschen
212 – ob jung oder alt – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir
213 müssen die Türen dafür weiter aufmachen. Dafür wollen wir auch die Bedingungen
214 für Freiwillige verbessern.

215 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre
216 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir
217 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass
218 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen
219 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch
220 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen.

221 Für Sport, der verbindet

222 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.
223 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale
224 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der
225 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

226 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische
227 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern
228 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte und
229 Nachhaltigkeitsziele fester Bestandteil der Sportpolitik sein müssen. Wir wollen
230 mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen Sportverbänden
231 vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

232 Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und
233 Schwimmbädern werden wir den Breitensport stärken und gute Bedingungen für die
234 Schwimmbildung oder das Training vor Ort schaffen. Die Belange von Mädchen
235 und Frauen sowie Inklusion fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik. Mit
236 einer nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von
237 Leistungssportler*innen verbessern und die Mittelvergabe transparenter

238 gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet und anerkannt
239 wird.

240 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen
241 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

242 Fans sind essenziell. Deswegen wollen wir die Fanhilfen in ihrer Arbeit stärken.
243 Gerade in dem Engagement gegen Rechtsextremismus nehmen die Fanprojekte eine
244 wichtige Bedeutung ein.

245 Für gute Justiz und einen handlungsfähigen Rechtsstaat

246 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,
247 schnellentscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. Dafür braucht es
248 genügend Richter*innen und Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie
249 eine entschiedene Digitalisierung der Justiz.

250 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den
251 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein
252 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von
253 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass
254 mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.
255 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren
256 entlasten. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr
257 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder
258 spezialisieren. Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein
259 wichtiges Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dagegen gehen wir mit
260 einem Nationalen Aktionsplan vor.

261 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte
262 oder Zeug*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

263 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir
264 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten.
265 Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein. Eine gute Justiz muss
266 auch widerstandsfähig gegen Extremist*innen sein. Daher werden wir
267 rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor
268 Verfassungsfeind*innen geschützt ist.

269 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht
270 begleichen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu
271 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des

272 Strafrechts geregelt werden können.

273 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür
274 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der
275 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und
276 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

277 Für digitale Bürger*innenrechte

278 Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt
279 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)
280 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer
281 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen
282 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu
283 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen
284 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst
285 unbürokratisch umgesetzt werden.

286 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.
287 Ihre Grenzen findet sie, wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder
288 Volksverhetzung erfüllt sind. Solche Hassrede muss konsequent gelöscht und
289 Accounts, die Hetze verbreiten, schneller gesperrt werden. Dafür sorgen wir mit
290 einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer*innen. Die
291 algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
292 Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir
293 wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine
294 konsequente Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und
295 Deutschland ein. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und
296 rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

297 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.
298 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf bürgerrechtsschonende
299 Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten.
300 Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen wir ab.

301 Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung

302 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.
303 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt
304 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Antisemitismus, Rassismus,
305 Queer- und Behindertenfeindlichkeit überwinden, denn sie schwächen unseren
306 Zusammenhalt.

307 Damit Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeit
308 Diskriminierung erfahren, den Rechtsstaat auf ihrer Seite wissen, werden wir das
309 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren, den Anwendungsbereich ausweiten
310 und Schutzlücken schließen. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung
311 durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5.
312 Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben. Wir wollen, dass
313 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut
314 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird. Mit einem
315 Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame
316 Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für
317 Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir
318 die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und
319 die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter
320 stärken.

321 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer
322 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Wir sorgen dafür, dass Jüdinnen und
323 Juden in Sicherheit leben können und ihre Einrichtungen geschützt werden.
324 Antisemitische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und dokumentiert werden. Die
325 älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern.

326 Mit einem Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit gehen wir gegen die
327 Diskriminierung von muslimischen Menschen vor. Die Imam*innenausbildung in
328 Deutschland treiben wir voran und stärken damit die Unabhängigkeit der
329 islamischen Gemeinden.

330 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der
331 Expertenkommission Antiziganismus umsetzen und einen Staatsvertrag mit der
332 Minderheit auf Bundesebene schließen.

333 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch in ihren Institutionen
334 widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Vielfalt – sowohl
335 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent
336 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Mit einem
337 Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe
338 von Menschen mit Migrationsgeschichte.

339 Für Frauenrechte

340 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,
341 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus und der Einsatz für Frauenrechte sind
342 dafür essenziell. Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit

343 konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil
344 rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und
345 weiter voranschreiten.

346 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das
347 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
348 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als
349 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher
350 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine
351 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und
352 hochwertige Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht
353 zu Hause: Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im
354 Alltag sind sie aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt
355 bedroht.

356 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer
357 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen
358 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung
359 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,
360 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen
361 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren
362 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und
363 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie
364 Polizei umfassend geschult werden. Um Annäherungsverbote in Fällen von
365 häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen
366 Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen
367 flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer
368 Spurensicherung und der „Pille danach“.

369 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht
370 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende
371 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Frauen, deren Aufenthaltsstatus von
372 ihrem gewalttätigen Partner abhängt, sollen einen eigenständigen
373 Aufenthaltstitel erhalten.

374 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende
375 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Wir wollen den
376 ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.

377 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir
378 stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie nicht bleiben.
379 Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in prekären Situationen,
380 muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade beim Ausstieg aus der

381 Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten müssen strenger
382 kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des
383 Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu
384 gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen
385 sicherzustellen. Eine Kriminalisierung und Stigmatisierung von Betroffenen
386 schützt diese nicht, sondern verweist sie in die Illegalität, in der sie kaum
387 von Hilfsangeboten erreicht werden können.

388 Für Selbstbestimmung

389 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der
390 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in
391 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und
392 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten und
393 Vorständen von großen Unternehmen. Die bereits bestehenden Regelungen wollen
394 weiterentwickeln und stärken, wo sie sich als nicht als effektiv genug erweisen.

395 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten
396 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen
397 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte
398 Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt
399 werden. Wir treten dafür ein, dass die notwendige Beratung durch ein
400 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft
401 garantiert ist. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff mit
402 der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den
403 vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen
404 und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

405 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes
406 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen
407 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend
408 berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere
409 Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

410 Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt

411 Als Gesellschaft verbindet uns der Wunsch, frei und selbstbestimmt zu leben.
412 Politik muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische,
413 schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) Gewalt und
414 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin.

415 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan

416 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur
417 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel
418 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir
419 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in
420 Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und Hasskriminalität gegen LSBTIQ*
421 entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die Erfassung von queerfeindlichen
422 Straftaten.

423 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie
424 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll es unter anderem einen Anspruch auf bei
425 einer Transition notwendige medizinische Maßnahmen geben und die Kosten von den
426 Krankenkassen übernommen sowie Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir schließen
427 die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen
428 Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht gegenüber trans- und
429 intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt oder
430 Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen. Lücken beim Verbot sogenannter
431 Konversionstherapien werden wir schließen und die Aufklärungsarbeit über HIV
432 sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und aktuelle Behandlungs- und
433 Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen vorantreiben. Wir ermöglichen den
434 diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen für alle.

435 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für
436 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden
437 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht
438 und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären
439 Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei
440 Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich
441 verbindlich füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im
442 Alter stärker in den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von
443 älteren LSBTIQ*-Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser
444 berücksichtigen, damit sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können.

445 Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und eine inklusive
446 Gesellschaft

447 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderung
448 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,
449 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit wird. Die Behindertenrechtskonvention der
450 Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns. Um das zu erreichen,
451 richten wir eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter Beteiligung von
452 Betroffenen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.

453 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden:

454 Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen.
455 Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen
456 Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit
457 einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen
458 Barrierefreiheitstool unterstützen.

459 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch
460 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und zu unserem Wohlstand beitragen
461 können. Wir wollen deshalb das heutige ausgrenzende Werkstättensystem in
462 Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne
463 Behinderung gemeinsam arbeiten, mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und
464 Rentenansprüche erwerben können. Auch die inklusive Aus- und Weiterbildung
465 wollen wir fördern. Die ergänzenden Beratungsstellen wollen wir in allen
466 Regionen verfügbar machen.

467 Die Eingliederungshilfe mit ihren Schnittstellen – insbesondere zu Sozialhilfe,
468 Behandlung und Pflege – wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene
469 niedrigschwellig und schnell Zugang zu Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch,
470 die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und
471 Gerichten zu beschleunigen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbst
472 entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau
473 inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern.
474 Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken,
475 wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen
476 mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen
477 Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von
478 Einkommen und Vermögen.

479 Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte
480 Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und
481 bauen den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.

482 Für lebendige Kunst und Kultur

483 Kunst und Kultur handeln davon, was uns als Menschen ausmacht – von der Realität
484 und anderen Möglichkeiten, vom Denken und Fühlen, von Erinnerungen und
485 Zukünften. Eine freie Kultur ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil unseres
486 demokratischen Zusammenlebens. Gegen antidemokratische Bewegungen, die einen
487 ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft führen, arbeiten wir für
488 die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der Künstler*innen und ihrer
489 diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik, Theater, Tanz oder
490 bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club oder Oper, ob
491 öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und Kreativwirtschaft.

492 Indem wir ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und
493 Kultur umfassend und in der Breite.

494 Clubs und Livemusikstätten sind Kulturorte. Wir schaffen Rahmenbedingungen
495 dafür, dass sie auch in Innenstädten zu einem attraktiven Kulturangebot
496 beitragen können. Die großen Bundeskulturinstitutionen wollen wir als
497 Stabilitätsanker der Kulturlandschaft stärken und weiter öffnen. Es kommt darauf
498 an, diese Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb
499 werden wir den Kulturpass ausbauen. Mit ihm bekommen 18-Jährige ein Guthaben, um
500 Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir damit die Nachfrage und
501 unterstützen so verschiedene Kulturanbieter in Stadt und Land. Durch die Green
502 Culture Anlaufstellen, die wir erfolgreich gestartet haben, unterstützen wir das
503 gesamte Spektrum der Kulturlandschaft bei der Umstellung auf einen nachhaltigen
504 Betrieb.

505 Kulturproduzent*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir
506 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Die begonnene
507 Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche
508 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung
509 werden wir abschließen. Auch den Games-Standort Deutschland stärken wir mit
510 einer steuerlichen Games-Förderung. Für die kleinen Verlage werden wir eine
511 Verlagsförderung einführen. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer
512 Ebene ist die Vielfalt der kleinen und mittleren Kulturunternehmen Teil unserer
513 europäischen Identität und muss deshalb durch die richtigen politischen
514 Rahmenbedingungen gestärkt werden.

515 Kultur ist auch harte Arbeit. Deshalb wollen wir die soziale Lage der
516 Künstler*innen und Kulturproduzent*innen nachhaltig verbessern, indem wir die
517 Künstlersozialversicherung zukunftsfest machen, die soziale Absicherung für
518 Soloselbstständige verbessern und an den in dieser Wahlperiode von der
519 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten
520 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen.

521 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von
522 Künstler*innen kämpfen. Wir haben im EU-KI-Gesetz die Stellung von Urheber*innen
523 gestärkt. Bei der Verwendung von künstlerischen Werken als Trainingsdaten für
524 KI-Systeme wollen wir prüfen, wie eine angemessene Vergütung von Urheber*innen,
525 zum Beispiel durch Lizenzmodelle, ermöglicht werden kann.

526 Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft

527 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist Teil unserer

528 gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine
529 Gestaltungsaufgabe, der wir uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar
530 nicht in Europa.

531 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften
532 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort
533 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um
534 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein
535 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem
536 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim
537 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit
538 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach
539 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung
540 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu
541 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,
542 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die
543 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine
544 echte Willkommenskultur. Mit der Einführung eines modernen
545 Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der Realität unserer vielfältigen
546 Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die Staatsbürgerschaft stellt für
547 Menschen, die schon lange hier leben – zum Beispiel die Generation der
548 Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und
549 Zugehörigkeit sicher.

550 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie
551 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
552 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
553 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des
554 „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist. Außerdem braucht es für beides –
555 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente der Integration. Mit dem
556 Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung
557 geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die
558 Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und
559 pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.
560 Dafür wollen wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische
561 Entscheidungen einbeziehen und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus
562 Wissenschaft, Forschung, der kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

563 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen
564 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen an die, die zu uns kommen, sowie
565 an alle, die schon länger hier leben, und gelingt nur, wenn wir zusammenkommen
566 und einen gemeinsamen Weg einschlagen. Damit das gelingt, braucht es auch
567 dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem

568 Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich
569 die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
570 einige überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die
571 Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell
572 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von bedarfsgerechten und guten
573 Integrations- und Sprachkursen. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum
574 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Bund, Länder, Kommunen und die
575 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
576 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
577 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie
578 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet.

579 Der stärkste Motor für Integration sind Arbeit und Beschäftigung. Denn dort, wo
580 Menschen gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer
581 arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden
582 bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und
583 beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der
584 Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze
585 Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn
586 durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen
587 wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber und Geflüchtete. Mit frühzeitiger
588 Beratung und einem Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute
589 Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können.

590 Für ein Land, das Schutz bietet

591 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die
592 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich
593 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die
594 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen
595 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, verlässlicher und ausreichend
596 finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer nachhaltigen
597 Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handelsbedingungen leisten wir hierzu
598 unseren Beitrag und setzen uns dafür ein, dass andere Länder ebenso
599 Verantwortung übernehmen.

600 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
601 So wie andere Länder für Deutsche zur Heimat wurden, verteidigen wir heute das
602 Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie
603 der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir wollen schnelle und faire Verfahren und
604 damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen
605 weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen
606 und nicht behindern. Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder –

607 auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den
608 Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben.

609 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer
610 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
611 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem
612 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
613 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere
614 Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär
615 zurückgeführt werden.

616 Für eine europäische und internationale Flucht- und Migrationspolitik

617 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit
618 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in
619 Europa.

620 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir auf
621 nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Menschenrechte müssen
622 überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen. Dafür setzen
623 wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes
624 Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler
625 Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen
626 im Asylverfahren berücksichtigt werden.

627 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
628 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
629 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
630 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
631 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
632 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
633 ablenken. Daher setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten
634 und auf Modelle, die sichere Migrationswege ermöglichen und ungeordnete
635 Migration reduzieren.

636 Zugleich sehen wir, dass Putins Russland und Lukaschenkos Belarus das Recht auf
637 Asyl auf dem Rücken von Geflüchteten für geopolitische Interessen missbrauchen.
638 Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um
639 die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden, insbesondere durch Staaten wie
640 Russland und Belarus, zu verhindern. Die Entrechtung von Menschen, die durch
641 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab.

642 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen
643 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa. Der offene europäische
644 Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre
645 Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in
646 Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind
647 rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige
648 Registrierung der Menschen unabdingbar.

649 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine
650 staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen
651 wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der
652 Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.

653 Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere
654 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig
655 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und
656 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte
657 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige
658 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker
659 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch
660 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.

661 Wir wollen, dass besonders gefährdete Gruppen Schutz finden, ohne
662 lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Dazu wollen wir humanitäre
663 Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete
664 Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von
665 Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

666 **B. Ein Leben in Sicherheit**

667 Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität

668 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig
669 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben
670 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Eine gut
671 ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine wirksame Kriminalprävention.
672 Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben
673 und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

674 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass
675 sie das Personal, die Technik und auch die rechtsstaatlichen Befugnisse haben,
676 die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die gesetzlichen

677 Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir
678 modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.

679 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen
680 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.
681 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss
682 hier technisch mithalten können.

683 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir ihre Entwicklung im Blick behalten und
684 wissenschaftliche Expertise einbeziehen. Den periodischen Sicherheitsbericht,
685 der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich verankern.

686 Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger
687 wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Die Anzahl an legalen und
688 illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer
689 werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im häuslichen
690 Bereich. Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und
691 anderer gefährlicher Waffen weiter einschränken.

692 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes haben
693 wir eine Anlaufstelle für Polizist*innen und Bürger*innen geschaffen, die wir
694 stärken wollen. Mit einem Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für
695 Kontrollen darlegt, wollen wir polizeiliches Handeln transparenter machen. In
696 der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität sensibilisieren.

697 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr
698 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen
699 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die
700 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt
701 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

702 Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte Kriminalität

703 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.
704 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland
705 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu
706 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine
707 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale
708 Drogenhandel. Der Schaden für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle
709 Gruppierungen legale Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder
710 den Immobilienhandel unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

711 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen
712 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die
713 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund
714 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte
715 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Auch internationale Kooperationen
716 werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen oder den Einsatz
717 von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der EUSTA wollen wir
718 auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
719 ausweiten.

720 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen
721 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er
722 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen
723 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
724 gelingen und muss auf Prävention und Aufklärung setzen.

725 Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten Steuerbetrug

726 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden
727 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem
728 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten
729 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu
730 einer Finanzpolizei ausbauen.

731 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.
732 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch
733 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Mit einer bundesweiten Servicestelle
734 wollen wir die Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für
735 die Länder nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld
736 mithilfe komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln
737 wir das Transparenzregister für Unternehmen weiter.

738 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere
739 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Steuerschlupflöcher schließen,
740 damit Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum der Vergangenheit angehören. Die
741 Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur Verfolgung schwerer
742 Finanzkriminalität wollen wir deutlich steigern. Mehr Transparenz zu
743 Unternehmenssteuern und Eigentumsverhältnissen und bessere Kapazitäten im
744 Steuervollzug helfen dabei.

745 Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror

746 Extremismus – egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet
747 unsere Gesellschaft und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil er sich
748 stetig wandelt und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer wird,
749 müssen wir ihm aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente
750 entsprechend anpassen. Gerade junge Leute radikalisiert sich heute vermehrt im
751 digitalen Raum.

752 Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom
753 Rechtsextremismus aus. Und der Islamismus ist eine sehr ernste Bedrohung.

754 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass Menschen in den Extremismus
755 abrutschen – diese Arbeit wollen wir durch eine starke, dauerhafte Finanzierung
756 sichern. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Islamismus
757 aufklären, Angebote für Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene oder
758 Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir mit
759 einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

760 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet
761 und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der Staat muss
762 sicherstellen, dass Extremist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in
763 Sicherheitsbehörden tätig sind. Verfassungsfeind*innen müssen konsequent
764 entwaffnet werden.

765 Wir werden unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus stärken und
766 das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend Personal, Technik und
767 rechtsstaatlichen Befugnissen ausstatten, damit sie Terrorist*innen ausfindig
768 machen und Anschläge rechtzeitig aufdecken können. Top-Gefährder*innen
769 müssen stets im Blick der Sicherheitsbehörden sein, lückenlos überwacht und – wo
770 immer möglich – aus dem Verkehr gezogen werden. Damit das gelingt, muss
771 europaweit einheitlich klar sein, wen wir als Gefährder*innen in den Blick
772 nehmen.

773 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern
774 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –
775 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.
776 Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle notwendigen Befugnisse haben,
777 um Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

778 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme
779 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden
780 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir, dass die Unterstützung für die Opfer und
781 deren Angehörige vom Staat weiter gestärkt wird. Damit sie eine zuverlässige

782 Anlaufstelle haben, haben wir das Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir
783 wollen die Aufarbeitung von Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen
784 gedenken.

785 Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz

786 Naturkatastrophen oder schwere Unglücke: Außerordentliche Ereignisse können das
787 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen
788 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden
789 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

790 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können
791 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit
792 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen
793 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der
794 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder den Hilfsorganisationen
795 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen oder
796 Erleichterungen für Ehrenamtliche.

797 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße
798 Ausrüstung und moderne Fahrzeuge. Wir werden weiter in den Bevölkerungsschutz
799 investieren und die Warninfrastruktur ausbauen. Wir wollen, dass sich der Bund
800 stärker engagiert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
801 (BBK) mehr Kompetenzen bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit
802 ausgebaut wird.

803 Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit

804 Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder
805 Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren
806 Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit
807 stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen
808 Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen
809 gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in
810 Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und
811 Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge
812 an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie
813 verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Für uns ist
814 ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen
815 Sicherheitsstrategie verankert haben.

816 Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine

817 wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend
818 eine gute Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren erkennen und bewältigen können.
819 Das Bundesamt für Verfassungsschutz werden wir in der Spionageabwehr und den
820 Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so aufstellen, dass sie besser
821 als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen können. Den Militärischen
822 Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und
823 die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische
824 Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen
825 Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde
826 Nachrichtendienste und parlamentarische Kontrolle.

827 Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben
828 wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer
829 Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere
830 Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere
831 Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz
832 wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische
833 Investor*innen schließen.

834 Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation

835 Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch
836 Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu
837 beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive
838 Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und
839 die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen
840 braucht es wachsame Institutionen und verlässliche Informationen, beispielsweise
841 durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die Menschen bei der Erkennung von
842 Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in anderen demokratischen
843 Gesellschaften, wie wichtig es ist, Stellen zu haben, die Deepfakes, groß
844 angelegte und gesteuerte Kampagnen mit Falschnachrichten und andere, die
845 Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig erkennen. Die großen Medienplattformen
846 werden wir in die Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von
847 Desinformation vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im
848 Auftrag eines fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden zur
849 Bekämpfung von systematischer Desinformation und Organisierter Kriminalität
850 sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze durch Bots anonymisierte
851 Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können, angehen und
852 dafür die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im
853 digitalen Raum verbessern.

854 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und
855 unabhängige Berichterstattung und kann daher ein Punkt der Orientierung auch im

856 Angesicht von Desinformationskampagnen sein. Es ist wichtig, dass er diese
857 bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen kann. Die dafür nötigen Reformen
858 sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen
859 Rahmenbedingungen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die
860 länderübergreifend die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt
861 und zugänglich macht.

862 Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200
863 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Diese Angriffe
864 kommen hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir
865 werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten
866 und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in
867 der Informationstechnik muss eine stärkere Rolle beim Schutz digitaler
868 Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser Ziel ist
869 es, digitale Netze und Einrichtungen durch hohe IT-Sicherheitsanforderungen
870 robust gegen Hackerangriffe zu machen. Mit „digitalen Botschaften“ wollen wir
871 relevante öffentliche Datenbanken im europäischen Verbund absichern, um sie auch
872 in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur
873 Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen.

874 Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit

875 Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und
876 Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue
877 verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten
878 Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür
879 braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte
880 Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu
881 begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;
882 sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für
883 Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den
884 Schutz unserer Demokratie und unseres Sozialstaates zu sichern – im Einklang mit
885 einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken
886 internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit
887 brauchen eine verlässliche Finanzierung.

888 Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir
889 in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither
890 Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen
891 die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit
892 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die
893 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für
894 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Das ist auch unser bester

895 Eigenschutz hier im Herzen Europas. Die Souveränität der Ukraine in europäischer
896 Solidarität muss sichergestellt sein. Wir unterstützen die vielfältigen
897 diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem
898 Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“. Zudem bekräftigen wir
899 das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur
900 Mitgliedschaft in der EU und NATO.

901 **C. Eine starke Europäische Union**

902 Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt

903 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren
904 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den
905 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und
906 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch
907 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische
908 Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb
909 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen
910 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein
911 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach
912 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit
913 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die
914 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb
915 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren. Parallel
916 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen
917 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.
918 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America first.

919 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen
920 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das
921 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in
922 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen
923 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume
924 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:
925 keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir wollen mit dem
926 Konditionalitätsmechanismus im nächsten EU-Haushalt sicherstellen, dass
927 Regierungen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben, keine
928 europäischen Gelder mehr bekommen.

929 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische
930 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen
931 bekommen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen
932 gewählt werden. Bürger*innen sollen breiter und effektiver beteiligt werden, die

933 Europäische Bürgerinitiative wollen wir stärken.

934 Für eine handlungsfähige EU

935 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem
936 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der
937 Westbalkanstaaten, der Ukraine und Moldaus, sofern sie alle Beitrittskriterien
938 erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen
939 Kräfte in Georgien und möchten diese unterstützen, um Georgien eine Zukunft in
940 der EU zu ermöglichen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU,
941 doch eine Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften
942 Kurswechsel bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraus.

943 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende
944 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der
945 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und
946 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen
947 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, soll eine „Koalition der Willigen“
948 vorangehen können, die stets offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit
949 Frankreich und Polen wollen wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir
950 so stark in die deutsch-französische Kooperation und das Weimarer Dreieck
951 investiert. Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener
952 Verfassung.

953 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb
954 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend
955 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der
956 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation
957 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.
958 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus, grenzüberschreitende
959 Forschung oder gemeinsamen europäischen Grenzschutz werden wir stärken. Daneben
960 braucht es verbindliche Ziele für den Klima- und Naturschutz und eine starke
961 soziale Säule.

962 Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen
963 die finanzielle Ausstattung der EU durch neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen,
964 die durch europäische Instrumente entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt
965 zugutekommen. Sollten die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung
966 digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine
967 Europäische Digitalkonzernsteuer ein. Für die Bewältigung großer
968 Herausforderungen haben sich zudem gemeinsame europäische Anleihen bewährt, etwa
969 im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

970 **D. Außen- und Sicherheitspolitik in Verantwortung**

971 Für eine aktive Außenpolitik

972 Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung
973 übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.
974 Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken
975 Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,
976 in einer stabilen Welt.

977 Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU
978 als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Gemeinsam
979 stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die
980 Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die
981 Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.

982 Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit
983 in Europa dar. Wir setzen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische
984 Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck
985 auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Wir reichen
986 denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen
987 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit
988 einsetzen.

989 Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz
990 aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der
991 USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,
992 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA
993 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische
994 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und
995 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

996 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf
997 vielfältige und robuste Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen
998 Süden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika,
999 Lateinamerika und Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf
1000 gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir
1001 Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für globale
1002 Herausforderungen wie den Kampf gegen den Klimawandel und in der systemischen
1003 Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1004 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen

1005 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu
1006 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch
1007 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-
1008 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der
1009 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent umzusetzen und
1010 weiterzuentwickeln. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im
1011 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klima.

1012 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
1013 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem
1014 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns
1015 unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das
1016 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Dauerhafte Sicherheit für
1017 Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und
1018 eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich.
1019 Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die
1020 Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid
1021 zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so
1022 intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit
1023 werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen
1024 erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist
1025 unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist
1026 unteilbar.

1027 Das Ende des Assad-Regimes in Syrien ist ein Aufatmen der syrischen Bevölkerung
1028 nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Vertreibung und Folter. Damit verbunden ist
1029 die Hoffnung vieler Syrer*innen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Auf
1030 diesem Weg wollen wir sie zusammen mit unseren Partnern unterstützen.

1031 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land
1032 und destabilisiert die ganze Region. Wir werden die Sanktionen gegen die
1033 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre
1034 Einhaltung streng überprüfen. Dazu gehört auch die rechtssichere Terrorlistung
1035 der Revolutionsgarden. Es braucht zudem weiter diplomatische Anstrengungen, um
1036 die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.

1037 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und
1038 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit
1039 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage
1040 dafür ist ein gemeinsames Lagebild über die Bedrohungen, Risiken und Chancen für
1041 unsere Sicherheit sowie eine starke ressortübergreifende Koordination.

1042 Für einen zukunftsfesten Multilateralismus

1043 Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die
1044 multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der
1045 Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät
1046 zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,
1047 Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine
1048 Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke
1049 des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1050 Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.
1051 Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere
1052 Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese
1053 Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen.

1054 Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr
1055 Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel
1056 für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt und mehrjährig vergeben werden,
1057 um Herausforderungen in fragilen Kontexten gerecht zu werden und die Planbarkeit
1058 zu verbessern. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der humanitären Hilfe
1059 einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen weiter stärken.
1060 Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe bei der
1061 notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer*innen geschützt sind.

1062 Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft
1063 sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung
1064 zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir
1065 Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese
1066 strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale
1067 Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung
1068 aktiv vorantreiben. Denn niemand steht über dem Völkerrecht. In enger Abstimmung
1069 mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche
1070 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression ein.

1071 Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung

1072 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und
1073 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für Demokratie, Frauen-
1074 und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime
1075 schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein, unterdrücken
1076 zivilgesellschaftliches Engagement, bedrohen Aktivist*innen und verfolgen
1077 Dissident*innen – auch im Ausland. In diesem Systemwettbewerb setzen wir uns
1078 entschlossen für die liberale Demokratie ein und stärken dadurch auch unsere
1079 Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1080 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für
1081 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.
1082 Dazu gehören auch Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger*innen – vor Ort
1083 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele
1084 verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen. Wir wollen die Aufnahme von besonders
1085 gefährdeten Aktivist*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren
1086 weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch
1087 gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen
1088 verbessern.

1089 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis
1090 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und
1091 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen ausbauen. Mit
1092 ehemaligen deutschen Kolonien wie Namibia haben wir den Versöhnungs- und
1093 Aufarbeitungsprozess vorangetrieben und Verantwortung für unsere Vergangenheit
1094 übernommen. Diese Schritte werden wir konsequent fortführen.

1095 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und
1096 wirtschaftlich erfolgreicher. Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik
1097 bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und
1098 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken. Wir wollen unseren Einsatz gegen
1099 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser
1100 unterstützen, den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt
1101 vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen
1102 Zusammenarbeit stärker verankern und mehr Mittel für Frauenrechtsorganisationen
1103 bereitstellen. Denn Gesellschaften sind immer nur so stark, wie Frauen an der
1104 Gesellschaft teilhaben.

1105 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen
1106 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der
1107 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns
1108 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen in Afghanistan ein, stehen
1109 an der Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid*innen,
1110 die besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter
1111 schützen. Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, einen
1112 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid*innen zu beschließen.

1113 Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt

1114 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den
1115 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der
1116 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.
1117 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in

1118 der EU zusammenarbeiten.

1119 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen
1120 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche
1121 Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO
1122 vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür
1123 dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere
1124 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus
1125 laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine
1126 höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen. Wie zu Zeiten der Eurokrise und
1127 der Pandemie braucht es auch auf europäischer Ebene eine gemeinsame finanzielle
1128 Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in Europa, wie es die Europäische
1129 Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir auch europäische Synergieeffekte
1130 nutzen.

1131 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken
1132 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile
1133 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen
1134 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
1135 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
1136 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir
1137 dahingehend stärken.

1138 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von
1139 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und
1140 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten
1141 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und
1142 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1143 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus
1144 Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den
1145 Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den
1146 Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten und die Zusammenarbeit
1147 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen. Es braucht dringend neue
1148 Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und Weltraum. Entwicklungen in
1149 diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege geführt werden. Für uns ist
1150 klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von letalen vollautonomen
1151 Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle über Leben und Tod
1152 entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf internationaler
1153 Ebene für eine Ächtung ein.

1154 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und
1155 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem

1156 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen
1157 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten.

1158 Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr

1159 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO
1160 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts
1161 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –
1162 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.
1163 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall
1164 auch militärisch verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken
1165 und von Angriffen abzuhalten.

1166 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere
1167 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in
1168 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr
1169 müssen in multilateralen Bündnissen verankert und in ein politisches
1170 Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische, entwicklungspolitische
1171 und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen die parlamentarische
1172 Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die Evaluierung von
1173 Einsätzen verstetigen.

1174 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine
1175 große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienten.
1176 Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft
1177 abbildet und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Auch nach dem Ausscheiden
1178 aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden
1179 einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient.

1180 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, wollen wir den
1181 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver
1182 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal
1183 langfristig binden. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle
1184 Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrrfassung,
1185 die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus wollen wir die
1186 Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel machen,
1187 beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1188 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr
1189 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern
1190 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir
1191 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern

1192 abbauen. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame Investitionen und den
1193 politischen Willen, um nationale industriepolitische Interessen in den Dienst
1194 von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Ein bedarfsorientierter europäischer
1195 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten
1196 einer Medaille. Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren
1197 Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf
1198 nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden
1199 Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.

1200 Für globalen Klimaschutz

1201 Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie
1202 zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.
1203 Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen
1204 abzumildern.

1205 Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die
1206 Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie
1207 schaffen auch massive wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten. Mit konsequenter
1208 Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik machen wir Deutschland
1209 zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere Staaten auf ihrem Weg zu
1210 klimaneutralem Wohlstand.

1211 Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich
1212 für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende
1213 beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben
1214 gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.
1215 Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1216 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur
1217 internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der
1218 internationalen Klimakonferenz COP. Dafür wollen wir innovative
1219 Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit unseren Partnern darauf
1220 hinwirken, dass Investitionen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda
1221 2030 in Einklang gebracht werden. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt besondere
1222 Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und
1223 Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Wir
1224 unterstützen unsere Partner zudem beim Schutz der Biodiversität.

1225 Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere
1226 Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie
1227 die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima- und

1228 Energiepartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden und
1229 Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch
1230 Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu
1231 gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten
1232 aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale
1233 Abhängigkeiten entstehen. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu Partnern bauen,
1234 die nicht alle unsere Werte teilen.

1235 Für robuste Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit

1236 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch
1237 internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und
1238 Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für
1239 menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt
1240 ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere
1241 Chinas und Russlands.

1242 Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten
1243 Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für
1244 nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.
1245 Unser Ansatz dafür ist feministisch und dekolonial. Wir wollen eine
1246 eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und
1247 weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet.

1248 Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter
1249 Repräsentanz in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale
1250 Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen
1251 treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen
1252 uns für solide Schuldenrestrukturierungen und -erlasse für besonders belastete
1253 Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten
1254 wir gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen
1255 Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

1256 Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir
1257 beispielsweise agrarökologische Ansätze, schützen Landrechte von
1258 Kleinbäuer*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive
1259 Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-
1260 Pandemie hat erneut gezeigt, dass Gesundheit globale und vorausschauende
1261 Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir Partnerländer im Aufbau
1262 ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die Weltgesundheitsorganisation stärken
1263 und langfristige Forschungs- und Entwicklungskooperation fördern.

1264 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält
1265 und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
1266 Entwicklung (OECD) vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des
1267 Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Darüber
1268 hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und
1269 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue
1270 Finanzierungsziele für Klima und die Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des
1271 massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen
1272 Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen,
1273 insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes.
1274 Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten
1275 internationalen Handelns.